SPD-Arzt ein frecher Schänder des Marxismus!

Dresden, den 24. Juni.

Gestern veranstaltete die SPD und der ADGB gemeinsam im Volkswohlsaale und im Volkshaus Kundgebungen zur Notverordnung. Tatsächlich handelte es sich jedoch um eine Unterstützung des neuesten Hoover-Schwindels der Bourgeoisie. Die als Redner angekündigten Tarnow und Aufhäuser, ein rechter und ein „linker" „Wundarzt" des Kapitals, waren nicht erschienen. Als Ersatz traten Arndt vom ADGB, Stelling und Artur Arzt auf.

Kennzeichnend waren die Widersprüche in den Ausführungen der Redner. Während Arndt gezwungenermaßen die Ungeheuerlichkeiten des Nachdiktats hervorhob, bildeten die Ausführungen von Arzt ein einziges Loblied auf die „erkämpften Verbesserungen". Das, was Brüning als Verhandlungsgegenstand für den Freibd anädig gestattete, stellte Arzt als bereits vollzogene Aenderung hin. In geradezu schamloser Weise hetzte Arzt gegen die Kommunisten. Als er sich jedoch verstieg, zu behaupten, die KPD hätte der SPD bei ihrem „Kampf" gegen die Notverordnung den Dolch in den Rücken gestoßen, antwortete ihm statt des erwarteten Beifalls eisiges Schweigen. Direkte Umkehrung der Tatsachen war zu plump!

Den Gipfelpunkt der Schamlosigkeit erreichte Arzt jedoch dadurch, daß er das kapitalistische Manöver Hoovers und seiner Trabanten als einen „Sieg des Marxismus" feierte, weil „Henderson und Macdonald dies herbeigeführt hätten. Erbärmlicher hätte sich dieser ehemals „Linke" kaum entlarven können. Das Parteivorstandsmitglied Stelling mußte selbst in seiner Rede erklären, „man soll von der Aktion Hoovers nicht zu viel erwarten". Artur Arzt aber feiert das Manöver des Finanzkapitals als „Sieg des Marxismus"! SPD-Arbeiter! Seid ihr einverstanden mit dieser Schändung des Marxismus?

Wieder ein Arbeiter erschossen!

Jungarbeiterin schwer verletzt

Magdeburg, 24. Juni 1931. (Eig. Drahtmeldung)

Montag abend kam es hier in der Altstadt im Arbeiterviertel zu einer Schießerei der Polizei des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Bärensprung, der ein verheirateter, erwerbsloser Arbeiter, eine Jungarbeiterin und ein jugendlicher Arbeiter zum Opfer fielen. Von diesen ist der erwerbslose Arbeiter an den Schußverletzungen im Krankenhaus gestorben. Die von einem Streckschuß getroffene junge Arbeiterin liegt schwer verletzt im Krankenhaus darnieder, während der junge Arbeiter mit leichteren Verletzungen davonkam.

Vögler Reichswirtschaftsminister?

Berlin, 24. Juni. (Eig. Drahtmeldung.)

Das Berliner Tageblatt teilt in seiner heutigen ersten Morgenausgabe mit, daß mit Dr. Vögler, dem Generaldirektor des Stahltrusts (Vereinigte Stahlwerke AG), in den letzten Tagen wegen Uebernahme des Reichswirtschaftsministeriums verhandelt wurde. Seit dem letzten Herbst wird das Reichswirtschaftsministerium durch Staatssekretär Dr. Standelenburg verwaltet. Vögler hat noch nicht zugesagt, daß er das Ministerium übernehmen wird.

KPD-Antrag erzwingt Landtagsbeschluß:

Notstandsarbeiten nur nach Tarif!

Ein Vorstoß gegen Schlecks Arbeitsdienstpflicht / SPD würgt alle KPD-Wohlfahrts- und Straßenbauanträge ab! / Klassenjustiz und Faschisten Arm in Arm

Die Plenarsitzung des Landtags vom Dienstag beschäftigte sich mit der Erledigung äußerst wichtiger Anträge. Kennzeichnend war, daß bis auf wenige Ausnahmen, alle Anträge der Kommunisten zu den Tagesordnungspunkten Wegebau und Wohlfahrtsfürsorge, abgelehnt wurden. Und diese Ablehnung erfolgte bei allen entscheidenden Forderungen auf Einsetzung höherer Mittel für Arbeitsbeschaffung und im Wohlfahrtsetat nicht nur durch die offenen Sozialreaktionäre, sondern auch durch die SPD-Fraktion. Diese Schandtat zeigt die erbärmliche Lakaienrolle der SPD-Führer für die Schieck-Regierung.

Dabei wandten die Sozialdemokraten die übliche Methode an, ihren Verrat durch gewisse Verleumdungen der Kommunisten zu verhüllen. Die Tatsachen jedoch zeigten das wahre Bild: Alle Anträge der Kommunisten enthielten Forderungen im Interesse der arbeitenden Bevölkerung. Die kommunistischen Redner ließen auch keinen Zweifel darüber, daß ihr Kampf nicht beendet ist durch die Abwürgung ihrer Forderungen im Parlament, sondern daß sie durch Massenmobilisierung im außerparlamentarischen Kampf ihren Forderungen Geltung verschaffen werden.

Ein bedeutungsvoller Beschluß jedoch wurde auf kommunistischen Antrag hin gefaßt. Mit großer Mehrheit wurde ein KPD-Antrag angenommen, eine Verordnung an alle Städte, Gemeinden und Bezirksverbände zu erlassen, wonach Arbeiten durch Unterstützungsempfänger nur im Rahmen des jeweiligen Tarifs und bewertsprechender Lohnsätze durchgeführt werden dürfen. Dieser Beschluß ist besonders jetzt von Bedeutung, nachdem die Regierung durch ihren Vorstoß in Bautzen die Einführung der Arbeitsdienstpflicht für erwerbslose Jungarbeiter vorzubereiten versucht. Hier gilt es wachsam zu sein. Jeder Versuch des Lohndrucks durch Unterstützungsstand muß mit allen Mitteln abgewehrt werden.

Zu Beginn der Sitzung wurden die Abstimmungen über die Anträge zum Staatsetat: Staatsstraßen und Wegebau, die in der vorigen Sitzung beraten worden waren, vorgenommen. Alle kommunistischen Anträge wurden durch den Regierungsblock einschließlich der SPD abgelehnt, angenommen wurde lediglich der Antrag, „bei Vergebung von Kleinpflasterarbeit auch die Steinsetzer und Straßenbauvorarbeiter zu berücksichtigen". In abgeänderter Form wurde der Antrag beschlossen, die Schaffung von Radiahwegen zu fördern. Einstimmig angenommen wurde der kommunistische Antrag zur Mittelbereitstellung für die Schaffung eines Weges über die Ischopau nach dem Bahnhof Kriebethal. Die kommunistischen Anträge zur besonderen Unterstützung der durch Ueberschwemmung betroffenen kleinen Landwirte wurden sämtliche abgelehnt.

Der Block gegen Wohlfahrtsfürsorge und Jugendpflege

Dann wird die Beratung des Etatkapitels Landesfürsorgeverband und Wohlfahrtspflege vorgenommen. Der sozialdemokratische Berichterstatter Wehle benutzte die Gelegenheit, um die schändliche Haltung der SPD bei der Ausschußberatung durch eine Herabsetzung der Bedeutung der kommunistischen Anträge zu verhüllen. Er fordert die Ablehnung sämtlicher KPD-Anträge, während er die Mittelbewilligung für die christlichen und faschistischen „Wohlfahrtsorganisationen" befürwortet, um durch diese Konzessionen einige Mark für die eigene Organisation zu ergattern.

Im Anschluß daran begründet Genosse Herrmann den kommunistischen Antrag, der neben Vereinheitlichung der Fürsorgesätze die Streichung der reaktionären Verordnung über die Fürsorgepflicht und das Verbot der Kürzung der Fürsorgerichtsätze für alle Gemeinden fordert. Darauf begründet die Jungarbeitervertreterin Genossin Grete Groh die kommunistischen Anträge für kostenlose Schulspeisung und Unterstützung der Zeltlager der IAH und der Jungpioniere. Eindringlich schildert sie die ungeheuerliche Notlage der Arbeiterkinder und geißelt die Stellung der herrschenden Klasse, die

für einen Polizeihund monatlich 44 RM, für ein Arbeiterkind jedoch durchschnittlich 60 Pfennig pro Woche auswirft.

Die Kommunisten fordern, die notwendigen Mittel an die Gemeinden zu geben, zur Durchführung der unentgeltlichen Schulspeisung und 20 000 Mark für die Zeltlager zu bewilligen, die die einzige wirkliche Erholung für sächsische Arbeiterkinder während der Ferienzeit darstellen.

Regierungssabotage gegen Winterhilfe und Arbeitsbeschaffung

Genosse Mäßig begründet hierauf zwei Anfragen der kommunistischen Fraktion, die die Sabotage des Schieck-Kabinetts gegenüber den angenommenen Anträgen für Winterbeihilfe und zur Arbeitsbeschaffung entlarven. Als Genosse Mäßig treffend feststellt, daß die Regierung auf Parlamentsbeschlüsse pfeift, und daß sie nur das durchführt, was in ihren Diktaturkasten paßt, erteilt ihm der sozialdemokratische Präsident Weckel einen Ordnungsruf, um zu unterstreichen, daß die SPD auch hier die Regierung deckt! Genosse Mäßig stellt fest, daß der Antrag zur Winterbeihilfe am 18. September angenommen wurde, der Antrag zur Arbeitsbeschaffung sogar am 14. Oktober 1930. Sie heute hat die Regierung noch nicht einmal Zeit gefunden, zu erklären, was davon durchgeführt worden ist.

Wir wissen, daß nichts geschehen ist, um die Arbeiterforderungen durchzuführen. Es ist genau dieselbe Methode, wie sie angewandt wird bei den Anträgen zur Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich. Diese Sabotage der Regierung entspricht dem allgemeinen Faschisierungsprozeß. Wir Kommunisten sagen den Massen, daß sie nur durch Selbsthilfe im außerparlamentarischen Kampf unter Führung der Kommunisten ihre Forderungen durchsetzen werden.

Bei Begründung eines SPD-Antrags zum Jugendschutz muß der Begründer selbst zugeben, daß die Regierung in unerhörter Weise die Verschleppung sozialer Anträge durchführt. Um so unglaublicher ist es, daß er sich mit einer weiteren Verschleppung durch Ausschußüberweisung einverstanden erklärt, obgleich der Antrag bereits am 7. Oktober 1930 gestellt worden war. Die KPD-Fraktion hat zu diesem Antrag einen Abänderungsantrag eingereicht, der vier Wochen bezahlte Ferien für Jungarbeiter einschließlich Lehrlingen bis zu 18 Jahren fordert und die Zeilung einer 36stündigen Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich einschließlich des Schulunterrichts und der Aufräumungsarbeitszeit verlangt.

Bezeichnend sind die Antworten, die gleich von zwei Ministern, dem Innenminister und dem Finanzminister, erteilt wurden. Zur Kinderspeisung will die Regierung ganze 200 000 Mark bewilligen. Zur Durchführung der Arbeitsbeschaffungsbeschlüsse hat sie kein Geld, wenn nicht das Reich es gibt. Das gleiche gilt für die Winterbeihilfe, bei der die Regierung wagt, sich auf die „Hilfe" durch die „Sächsische Notdilfe" zu berufen!

Genosse Schubert

zeigt an Hand der Regierungsvorschläge und Erklärungen den arbeiterfeindlichen Charakter der Schieck-Diktatur auf. Schändlich ist, daß die Sozialdemokratie ihr Hilfsstellung gewährt. Sie schloß bereits im Ausschuß ein Schachergeschäft mit den Vertretern der Inneren Mission und den übrigen reaktionären Verbänden und lehnte gemeinsam mit ihnen die Anerkennung der Internationalen Arbeiterhilfe ab. Trotz ungeheurer Steigerung der Not sieht der Etat eine Kürzung der Ausgaben gegenüber dem Vorjahre vor. Wir beantragen überall die Einsetzung mindestens der Sätze des Vorjahres. Alle anderen Parteien lehnten diese Forderung auf Betreiben der Regierung ab, obgleich sie selbst einige Erhöhungen beantragen mußten, um sich nicht restlos zu entlarven. Wir verlangen das Verbot der Kürzung der Fürsorgesätze und die tarifliche Entlohnung aller Notstandsarbeiten, außerdem fordern wir, die IAH für landesverräterisch zu erklären, da diese Organisation den Arbeitern wirklich im Klassenkampf hilft. Wir Kommunisten werden die Arbeiter sammeln zum Kampf gegen ein System, daß sich mit brutalem Terror behauptet, obgleich es nicht die Menschen zu ernähren imstande ist. (Lebhafter Beifall).

In der Debatte versuchen die sozialdemokratischen Redner durch plumpe Verleumdungen der Kommunisten ihre Haltung zu maskieren. Die Genossen Herrmann und Siegel entlarven jedoch dieses Manöver. Sie zeigen die Erbärmlichkeit der Haltung der SPD auf.

In der Abstimmung werden alle kommunistischen Anträge mit Hilfe der SPD niedergestimmt. Angenommen wird jedoch der Antrag auf Zahlung der Tariflöhne bei allen Notstandsarbeiten. Die Jugendanträge werden ebenfalls abgelehnt, der SPD-Antrag und der kommunistische Ergänzungsantrag dem Ausschuß überwiesen.

Klassenjustiz am Pranger!

Nunmehr kommt es zur Behandlung des Justizetats und der hierzu vorliegenden kommunistischen Anträge. Gen. Scheffler fordert hierzu Amnestie für die Opfer der Klassenjustiz für politische und Nichtpolitische, ebenso wie für die Verstöße gegen die §§ 218/19. Eingehend enthüllt er den Charakter der Klassenjustiz, sich insbesondere beim faschistischen Terrorfeldzug entlarvend. Die Klassenjustiz geht gegen die überfallenen Arbeiter vor und stützt sich auf die Nazis als Zeugen.

Als Genosse Scheffler diese Tatsachen an Hand von zahlreichen Beispielen unterstreicht, versucht der Naziabgeordnete Killinger durch gemeine Zurufe zu provozieren, und solidarisiert sich dabei offen mit der Klassenjustiz.

Gen. Scheffler fordert eine Anzahl wichtiger Verbesserungen für die Gefangenen sowohl in Bezug auf Beköstigung, ärztliche Behandlung, Raucherlaubnis, Urlaub, Tarifentlohnung, Verbot von Hausstrafen und auch in Bezug auf Aufhebung des Verbots der kommunistischen Presse in den Gefangenenanstalten.

Der sozialdemokratische Redner Neu muß die Berechtigung der kommunistischen Anträge anerkennen. Er kennzeichnet diese Justiz, jedoch nicht in ihrem Klassencharakter, sondern appelliert an die Regierung.

Die Erklärung des Justiz-Ministers sagt mehr als genug. In geradezu kläglicher Weise versucht er, die Justiz-Reaktion zu verteidigen. Am deutlichsten wird die Solidarisierung zwischen Justiz-Ministerium und Faschisten dadurch, daß während der ganzen Debatte kein Nationalsozialist das Wort ergreift.

Die Nazis begnügen sich damit, durch gemeine Zurufe den Justizminister zu unterstützen. Er findet auch ihren vollen Beifall bei seiner unerhörten Ablehnung jeder Amnestieerleichterung, insbesondere einer Amnestie für die Opfer der §§ 218/19. Das ist der Geist des Schieck-Kabinetts, dessen Existenz die Sozialdemokratie ermöglicht!

Wegen vorgeschrittener Zeit wird die Abstimmung auf die nächste Sitzung verschoben, die am Donnerstag um 11 Uhr beginnt.

Brüning: Massenbelastung unverändert

Der Hoover-Plan ändert nichts an Notverordnung! / SPD und Nazis klatschen Beifall

Gestern abend verbreitete der Rundfunk eine Rede des deutschen Diktaturkanzlers, die der neuesten Rettungsaktion des Kapitals gewidmet war. Herr Brüning pries Hoovers Manöver als einen „historischen Schritt", und als eine „neue Hoffnung" für Europa. Gleichzeitig erklärte Brüning jedoch, daß von einer sofortigen Entlastung der Massen nicht die Rede sein könne. Erst das Jahr 1932 werde den Höhepunkt der finanziellen Schwierigkeiten bringen. Das Sinken der Löhne und Einkommen in diesem Jahre sei unvermeidlich. Deshalb sei auch die Gefahr einer ungeheuren Unruhe akut, die den Abzug kurzfristiger Kredite zur Folge haben würde. Deshalb werde die Regierung an dem finanziellen Gesamtergebnis der neuen Notverordnung nicht rütteln lassen.

Diese Erklärungen Brünings sind eine glatte Bestätigung dessen, was wir zum Hoover-Manöver erklärten: Dieser Zahlungsaufschub wird, wenn er überhaupt zustande kommt, nur eine Atempause für die Bourgeoisie bringen, um dieser die Arme frei zu machen zur schärferen Unterdrückung der in Bewegung geratenen Massen, deren Elend auch nicht um ein Jota gemildert werden soll. Dieses Ziel der neuen Hoover-Aktion vereinigt auch alle Kapitalsknechte zu einem Lobgesang auf dieses Manöver des internationalen Finanzkapitals. In edler Gemeinschaft finden sich Nazi und SPD-Führer zusammen, um Hoover zu preisen.

Die SPD-Volkszeitung jubelt:

„Der Silberstreifen"

„Ueber Nacht ist er am Himmel der deutschen Not aufgetaucht, jener Silberstreifen nämlich, von dem Stresemann bei den Vorverhandlungen zum Youngplan und zur Räumung der Rheinlande schon einmal sprach und der dann infolge der wachsenden Weltwirtschaftskrise sehr rasch wieder verdämmerte. Ueber Nacht hat sich der amerikanische Präsident Hoover zu einer Botschaft an den amerikanischen Senat und an Europa aufgerafft, die zwar nicht in allen Parteien Deutschlands, aber in allen notleidenden deutschen Schichten von einem Aufatmen der Erleichterung begleitet wurde . . .

Es werden zwar noch mancherlei Verhandlungen notwendig sein, ehe die früheren Ententestaaten unter einem Hut sind, aber der Vorschlag aus Washington ist nicht mehr rückgängig zu machen und bahnt eine bessere, hoffnungsvollere Entwicklung an. Deutschland fordert die Neuregelung des Reparationsproblems, verlangt eine Milderung der Zahlungen."

Der Nazi-Freiheitskampf lobt:

„Zahlungsaufschub — Vertragsrevision"

„Die unerträglichen Verhältnisse in Deutschland, die einer wirtschaftlichen und damit politischen Katastrophe entgegentrieben, vor der außerdeutsche Länder schwerlich verschont geblieben wären, hat den Präsidenten der Vereinigten Staaten, Hoover, zu einem Vorgehen veranlaßt, das zunächst einen einjährigen Zahlungsaufschub für Deutschland bringt. . . . Die Aktion Hoovers ist die einfache Einsicht in die von uns Nationalsozialisten wiederholt hervorgehobene Tatsache, daß ein Volk von der politischen und wirtschaftlichen Bedeutung des deutschen in seiner Bedrängnis nicht lautlos in die Tiefe versinken kann, sondern daß sein Untergang vieles andere mit sich reißen muß: . . . Ein Zusammenbruch Deutschlands hätte zunächst die Weltkrise ganz erheblich verschärft und im Hintergrunde der Ueberstunde steht drohend der Weltbolschewismus. . . . Der Zahlungsaufschub ist da. Ein Jahr ist eine kurze Zeit. Bedeutung kann die Aktion nur erlangen, wenn nunmehr in die notwendige Revision des Vertrages von Versailles an Haupt und Gliedern eingetreten wird."

In der Bejahung des neuen kapitalistischen Betrugsmanövers gegen die Massen finden sich SPD-„Aerzte" und Nazi-„Heilgehilfen" des internationalen Finanzkapitals. Sie sind es auch, mit deren Hilfe Herr Brüning die „ungeheure Unruhe" zu weiteren gedenkt, die die Elendsdiktatur zu gefährden beginnt. Die Kommunistische Partei hat in ihrem Programm der nationalen und sozialen Befreiung den Massen gezeigt, daß es nur einen Weg gibt, sich von den Sklavenketten der nationalen und internationalen Ausbeuter zu befreien. Den revolutionären Kampf um Arbeit, Brot, Land und Freiheit! Das Manöver Hoovers ist der Versuch der Herstellung einer Einheitsfront der Kapitalisten gegen den „Weltbolschewismus" . . . auf Kosten der Massen. Der Kampf der Kommunistischen Partei dient der Herstellung der Einheitsfront der Massen zur Beseitigung der nationalen und internationalen Ausbeuterherrschaft! Welchem Werktätigen kann noch die Wahl schwer fallen?!

Bremer KPD-Blatt 4 Wochen verboten

Bremen, 24. Juni. (Eig. Drahtbericht.)

Auf Grund der Diktaturverordnung Hindenburgs ist gestern die Bremer „Arbeiterzeitung" wegen Vorbereitung zum Hochverrat, wegen Verstoßes gegen das Republikschutzgesetz und des Strafgesetzbuches von dem sozialdemokratischen Koalitionssenat auf vier Wochen verboten worden.

In den letzten Tagen wurden nicht weniger als 60 revolutionäre Arbeiter verhaftet, darunter der Bürgerschaftsabgeordnete und Vorsitzende des Bezirksamtes der RGO. Gestern wurde auch der Bezirkssekretär der RGO aus dem Bett heraus verhaftet. Vorgestern wurde die Spielgruppe Blaue Blusen bei einem Uebungsabend von der Polizei überfallen und verhaftet. Sämtliche Demonstrationen und Versammlungen unter freiem Himmel sind im Bremer Staatsgebiet verboten.

Essen, 24. Juni. (Eig. Drahtmeldung.)

Gestern wurde die gesamte kommunistische Ruhrpresse, das Ruhr-Echo mit den Kopfblättern Westfälischer Kämpfer, Arbeiterzeitung und Niederrheinische Arbeiterzeitung auf Grund der Notverordnung beschlagnahmt, weil die Zeitungen einen Bericht über Mißhandlungen verhafteter Arbeiter auf der Polizeiwache gebracht hatten.